

Ein deutsches Alphabet

Afrikanische Ameise
Asyl
Belastbarkeit
Buschtrommel
CSU-Positionen
Deutsches Staatsvolk
Deutschtum
Einwanderungsgesetz
Einwanderungsland
Freiheit
Gastrecht
Gesindel
Hegemonie
Humanitätsduselei
Illegale Einwanderung
Integrationsfähigkeit
Individualrecht
Juden
Konfliktgesellschaft
Laufbahn-Schwierigkeiten
Lebensformen
Multikultur
Nachschub
Nationalstaat
Negerdorf
Ordnung
Prävention
Quartiere
Rechtsstaat
Sozialsystem
Terroraktionen
Überfremdung
Unterwanderung
Verbrecher
Verrat
Willkommen
Wirtschaftsflüchtlinge
Xenophobie
Yo-Yo-Effekt
Zuwanderung

Politiker und andere Multiplikatoren
in Aktion

CHRISTIANO
ZANON 1997

? Demokratie ? Toleranz ? Extremismus ? Gewalt ?

Ein deutsches Alphabet

A „Wir sind so voll, wir können nicht einmal einer afrikanischen Ameise Asyl gewähren.“

Horst Niggemeyer, ehemaliger SPD-Bürgermeister von Datteln (NRW)

zitiert nach „Entstehung von Fremdenfeindlichkeit“ / Tagungsbericht Friedrich-Ebert-Stiftung März 1993

B „Die Buschtrommeln werden in Afrika signalisieren - kommt nicht nach Baden-Württemberg, dort müßt ihr ins Lager.“

Lothar Späth, seinerzeit Ministerpräsident Baden-Württembergs (als 1982 die ersten Sammellager für Flüchtlinge errichtet wurden)

zitiert nach Jungle World, 15.7.1998

B „Die Grenzen der Belastbarkeit durch Zuwanderung sind überschritten.“

Otto Schily (SPD), Bundesinnenminister

zitiert nach Süddeutsche Zeitung, 3.11.1999

(dazu kommentierte Rolf Schlierer, Vorsitzender der rechtsradikalen Republikaner: „Schily hat nur ausgesprochen, was jeder vernünftige Mensch in Deutschland seit 20 Jahren weiß.“)

C „Schönhuber vertritt weithin CSU-Positionen (also christlich-soziale, d.A.), gerade im Bereich der Ausländerpolitik. Der eigentliche Imitator heißt also Schönhuber.“

Max Streibl, seinerzeit bayerischer Ministerpräsident

Die Welt, 1.2. 1989

(im November 1983 hatte Schönhuber die Partei „Republikaner“ gegründet; in deren Parteiprogramm es u.a. heißt: ‘Wir sagen NEIN zur multikulturellen Gesellschaft’. Heute fordert der inzwischen parteilose Sch.: ‘Unternehmen, die Ausländer beschäftigen, bezahlen eine Abgabe.’ ND, 20.4.1998)

D „Das Bekenntnis zum Deutschtum gehört ebenso dazu (zur Anerkennungsvoraussetzung für Spätaussiedler, d. A.) wie die Beherrschung der deutschen Sprache.“

Michael Glos, CSU-Landesgruppenchef

taz, 2.1.1997

D „Die Pläne der Bonner Koalition stellen eine einschneidende Veränderung des gegenwärtigen Staatsangehörigkeitsrechts dar. Sie werden die Identität und Homogenität des deutschen Staatsvolkes gravierend (...) verändern.“

*Roland Gewalt, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus
zitiert nach „Für ein multikulturelles Berlin“, PDS-Positionen, 1999*

E „Deutschland ist kein Einwanderungsland und braucht daher auch kein Einwanderungsgesetz.“

*Edmund Stoiber, seinerzeit bayerischer Innenminister
CSU-Parteitag November 1992*

F „Viele Ausländer halten sich lieber in deutschen Strafanstalten auf als in ihrem Heimatland in Freiheit.“

*Junge Union, Bayern
taz 23./24.1.1998*

G „Wer unser Gastrecht missbraucht, für den gibt es nur eins: Raus und zwar schnell“

*Gerhard Schröder (SPD), seinerzeit niedersächsischer Ministerpräsident
Berliner Morgenpost 20.7.97*

G „Nach Öffnung der Grenzen kam auch viel Abschaum, Kriminalität in die Stadt - von China über Rußland, Rumänien... Ich bin dankbar, dass der Senat jetzt intensiv gegen die Verslumung Berlins vorgeht... Es ist nun einmal so, dass dort wo Müll ist, Ratten sind und dass dort, wo Verwahrlosung herrscht, Gesindel ist. Das muss in der Stadt beseitigt werden.“

*Klaus Landowsky, CDU-Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus
Rede vom 27.2.1997 im Abgeordnetenhaus
DIE WOCHE, 14.3. 1997*

H „Wer nicht pariert, der gehört gegebenenfalls gefesselt oder geknebelt, bis er den Zielort erreicht. Die Humanitätsduselei Menschen gegenüber, die diesen Staat ausbeuten, muss einfach ein Ende haben.“

*Hans-Jürgen Irmer, CDU-Kreisvorsitzender Wetzlar und bildungspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion
Neues Deutschland, 3.5.2000*

H „Bekommt Deutschland jetzt, nachdem es friedlich und zivil geworden ist und mit dem Ende des Kalten Krieges seine Einheit im internationalen Einvernehmen zurückerhalten hat, all das, was ihm Europa, ja die Welt, in zwei großen Kriegen erfolgreich verwehrt hat, nämlich eine Art ‘sanfter Hegemonie’ über Europa, Ergebnis seiner Größe, seiner wirtschaftlichen Stärke und seiner Lage und nicht mehr eines militärstrategischen Potenzials?“

*Joschka Fischer, Bündnis 90 / Die Grünen 1995 in einem Brief an seine Partei
zitiert nach Matthias Küntzel „Der Weg in den Krieg“, Elefanten Press Berlin, 2000*

I **„Die unregelte Zuwanderung von Asylbewerbern, Bürgerkriegsflüchtlingen und illegalen Einwanderern belastet die Sozialsysteme und die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft.**

*Dieter Hundt, Arbeitgeberpräsident
Süddeutsche Zeitung, 25.4.2000*

I **„Ein Individualrecht (auf Asyl d.A.) können wir im Hinblick auf die damit verbundenen Probleme nicht mehr gewähren.“**

*Walter Döring, stellvertretender FDP-Vorsitzender
Frankfurter Rundschau, 22.11.1999*

J **„Polen und Juden sind die größten Ausbeuter des deutschen Steuerzahlers.“**

*Heinrich Basilius Streithofen, Dominkanerpater und Kohl-Intimus
Vortrag in der Volksbank Meppen (zitiert nach stern, Nr. 11/1990)*

J **das unvollständige Zitat: 1997 verbot das Landesarbeitsgericht von Schleswig-Holstein der Stadt Lübeck die fristlose Entlassung eines Hafenskapitäns der gesagt hatte, „dass es so viele fette Juden gar nicht gegeben haben kann, wie sie umgebracht haben sollen“.** Der Mann sei weiter zu beschäftigen, da eine Störung des Betriebsfriedens nur vorliege, wenn sich 'eine erhebliche Zahl' von Arbeitnehmern empört zeige. Die Mehrheit war nicht empört.

Zitiert nach stern Nr. 11, 1999, Autor: Heinrich Jaenecke

K **„Die bekannten multikulturellen oder multinationalen Gesellschaften sind in der Regel Konfliktgesellschaften. Wenn man es vereinfacht sagt, lässt sich eine homogene Staatsbevölkerung leichter regieren.“**

*Heinrich Lummer, ehemaliger Berliner Innensenator (CDU)
zitiert nach „Entstehung von Fremdenfeindlichkeit“ / Tagungsbericht Friedrich-Ebert-Stiftung, März 1993*

L **„Wir wollen nicht, dass sich hier Lebensformen etablieren, die nicht deutsche sind, wo man nicht unsere Bräuche pflegt.“**

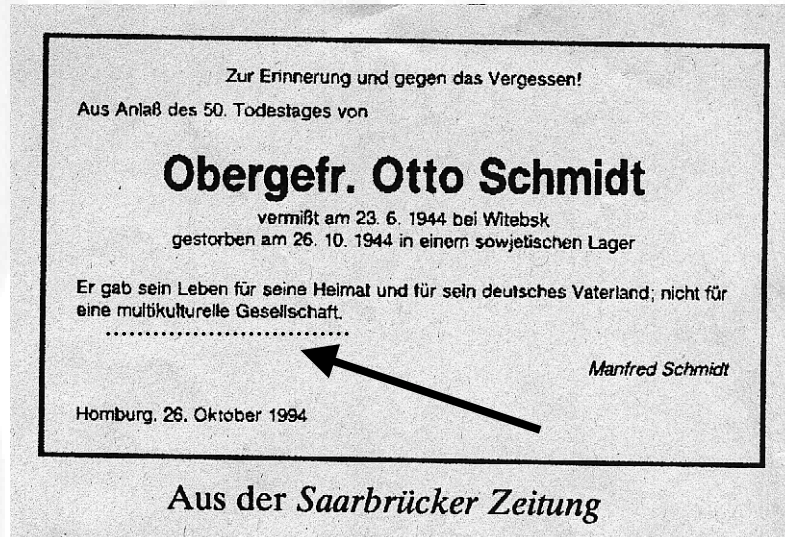
*Michael Glos, CSU-Landesgruppenchef
stern, Heft 3, 14.1.1999*

L **„Passt auf, was ihr über uns schreibt. Sonst kriegt ihr Laufbahn-Schwierigkeiten. Ich habe einen langen Arm.“** (an Journalisten gerichtet d.A.)

*Wolfram Kertz, 1. Vorsitzender der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“, ehemaliger Kommandeur des Wachregiments Großdeutschland und nach dem Krieg Manager im Flick-Konzern
stern, 21. 10.1993*

M „Wir wollen keine identitätslose Multikultur – wer nach Berlin kommt, soll Deutschland vorfinden.“

*Thesenpapier für den 13. Landesparteitag der Berliner CDU
„Bürgerfreundliche Stadt – Zusammenleben in Frieden“, 26./27.4.97*



N „Bis ins letzte Negerdorf in Afrika muss das Signal von der ersatzlosen Streichung des Asylgrundrechts zu hören sein.“

*Christian Käs, Chef der Republikaner in Baden-Württemberg, Rechtsanwalt
DER SPIEGEL, Nr. 15/1992*

N „Die Identität der Bundesrepublik Deutschland als Nationalstaat der Deutschen darf nicht zur Disposition stehen.“

*Jörg Schönbohm (CDU), seinerzeit Berliner Innensenator
Berliner Morgenpost 25.4.1997*

N „Der Bedarf an menschlichem Nachschub ist gedeckt.“

*Michael Glos, CSU-Landesgruppenchef
DER SPIEGEL, Nr. 36/1998*

O „Die haben die Schnauze voll von der laxen Freizeitgesellschaft, die wollen Zucht und Ordnung... Die CDU hat nicht das Kreuz gehabt, sich deutlicher zu den Ausländern zu äußern.“

*Harald Lastovka (CDU), Oberbürgermeister von Stralsund (angesichts einer NPD-Demonstration)
Süddeutsche Zeitung, 31.7.1999*

P „Ist der illegale Immigrant erst einmal an der Grenze angelangt, hat die Prävention versagt.“

*Dr. August Hanning, Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND)
Der BND beschäftigt sich laut Hanning neuerdings mit Einwanderung wegen der „wachsenden Bedrohung für Deutschland“
Frankfurter Rundschau, 29.10.1999*

Q „Es gibt heute schon Quartiere, die so sind, dass man sagen kann: dort befindet man sich nicht in Deutschland.“

Jörg Schönbohm (CDU), seinerzeit Berliner Innensenator
taz, 3.6.1998

R „Man muss mit aller Kraft des wehrhaften Rechtsstaats gegen die massive Ausländerkriminalität antreten.“

Manfred Kanther (CDU), seinerzeit Bundesinnenminister, auf dem Parteitag in Hannover
SZ, 16.10.1997

S „Es muss einen Vorrang geben für Leute, die unserem Sozialsystem nützen vor jenen, die es ausnutzen oder zumindest belasten.“

Günther Beckstein, bayerischer Innenminister
zitiert nach ND vom 4.4.2000

T „Die doppelte Staatsbürgerschaft wird die Sicherheitslage mehr gefährden als die Terroraktionen der RAF in den siebziger und achtziger Jahren.“

Edmund Stoiber, bayerischer Ministerpräsident
stern, Heft 3, 14.1.1999

U „Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur, unseres Volkstums...“

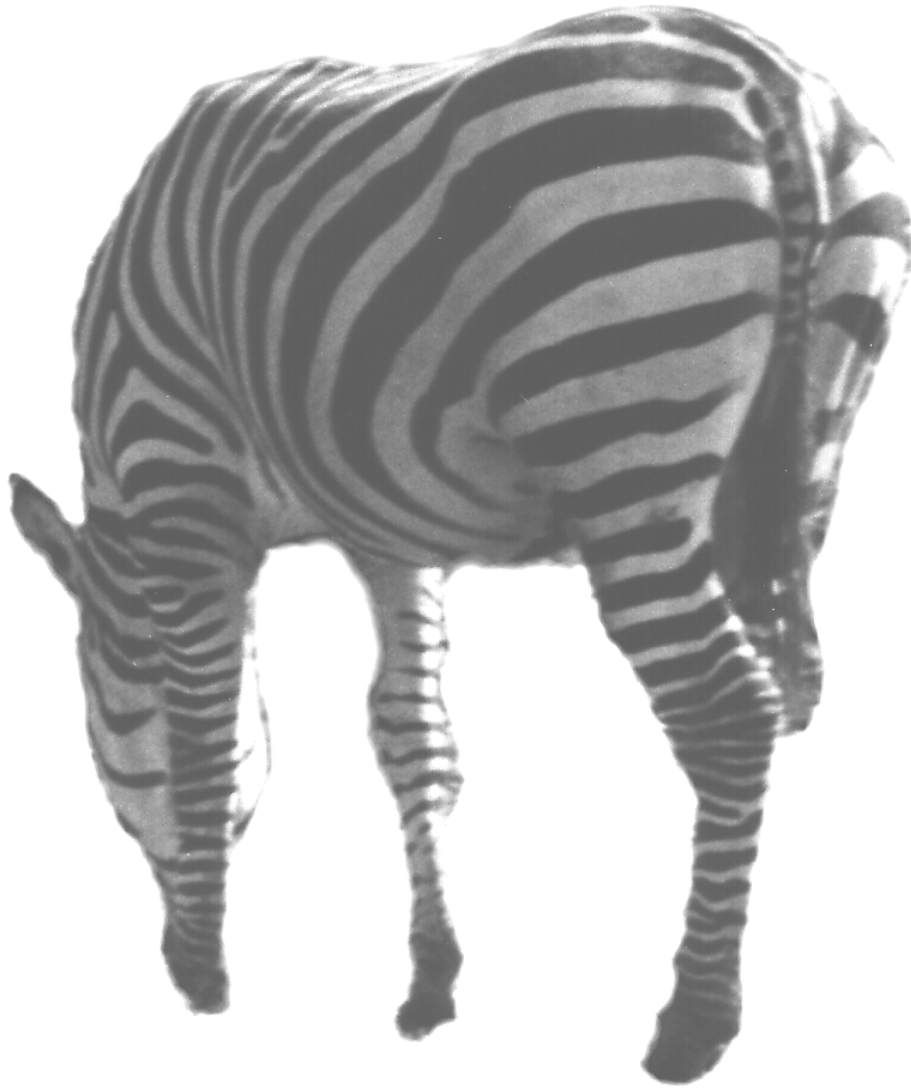
Heidelberger Manifest
17.7.81 Unterzeichnung durch elf Professoren

V „Ich habe keinerlei Mitleid, wenn (nach Abschiebung aus einem deutschen Gefängnis d.A.) im heimatlichen Kulturkreis einsitzende Verbrecher bei der Arbeit Ketten an den Füßen tragen müssen.“

Volker Schimpf, Vorsitzender des Verfassungs und Rechtsausschusses des sächsischen Landtags
Neues Deutschland, 18./19.3.2000

V „Jeder Mann begeht biologischen Verrat, wenn er eine Partnerin fremder Rasse heiratet und Kinder anderer Rassen adoptiert und in unseren Lebensbereich bringt, so dass dadurch die Bastardisierung hier gefördert wird.“

Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.
Neue Anthropologie Nr. 1/2, Juni 1991, Lesematerial im Humanbiologischen Institut der Hamburger Universität (nach Süddeutsche Zeitung, 7./8.12.1996)



◆ Festakt in der Deutschen Staatsoper Berlin ◆
Die Bundesminister des Innern und der Justiz
rufen das „Bündnis für Demokratie und Toleranz,
gegen Extremismus und Gewalt“ aus

Berlin, 23. Mai 2000